

IM GESPRÄCH

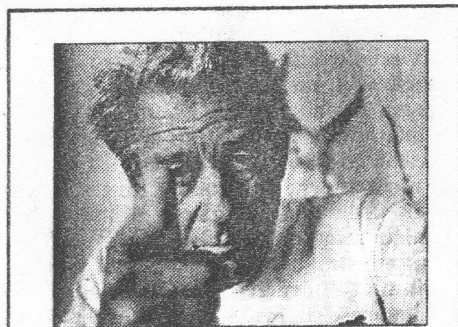
„Doppel-Loyalität wurde gefördert“

Migrationsforscher Bade über das Staatsbürgerrecht

Von Pitt von Bebenburg (Bielefeld)

Einen „goldenen Handschlag“ für schon lange hier lebende Ausländer hält der Historiker Klaus J. Bade für angemessen. Er ist Mitbegründer des „Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“ an der Universität Osnabrück.

Ein neues Staatsbürgerschaftsrecht ist in Deutschland überfällig, um der Ausgrenzung einer großen Gruppe von Menschen hierzulande zu begegnen. Darüber



Ob er Alice Schwarzer fotografieren würde? No way! Leni Riefenstahl? „Die ist immer noch in Hitler verliebt“, sagt Helmut Newton. Ein Gespräch über Schein und Sein und ungewöhnliche Perspektiven. Am Montag. In der *FR*.

Frankfurter Rundschau

waren sich die Juristen, Politologen und Historiker einig, die jetzt in Bielefelder „Zentrum für interdisziplinäre Forschung“ über die „Politische Integration der ausländischen Wohnbevölkerung“ berieten. Besonders pointiert setzte sich der Migrationsforscher Bade für eine leichte Einbürgerung und für die Hinnahme von Doppel-Staatsbürgerschaften ein — um die schon vor einiger Zeit eingewanderten Menschen aufzunehmen.

Doppelte Loyalitäten, wie sie Unionspolitiker durch den Doppel-Paß kommen sehen, seien schon längst Realität, argumentierte Bade im Gespräch mit der *FR*

am Rande der Tagung. Die Loyalität mit dem Herkunftsland sei durch die Politik der konservativ-liberalen Regierung seit den 80er Jahren geradezu gefördert worden: „durch das Zurückstoßen einer sehr integrationsbereiten Gruppe, der Türken“. Stets habe die Politik die „Rückkehr-Bereitschaft“ gefördert und sogar prämiert, und durch „integrationsfeindliche Appelle“ seien Inländer mit fremdem Paß unter einen „permanenten Illoyalitätsverdacht“ gestellt worden. Entstanden seien „kollektive mentale Verletzungen, die uns noch sehr lange beschäftigen werden“, stellte Bade fest. Sein Plädoyer: „Das Problem ist da. Wir antworten mit der Doppel-Staatsbürgerschaft.“

Mit dem „goldenen Handschlag“ solle die Gruppe derjenigen auch formell aufgenommen werden, die sich für das Leben in Deutschland entschieden hat, obwohl eine unterstützende Einwanderungspolitik fehlte, meint Bade. Für künftige Einwanderer seien andere Regelungen denkbar — etwa die von der FDP favorisierte „Optionslösung“, nach der Ausländer bei der Geburt auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und sich als Erwachsene für einen Paß entscheiden müssen. Für künftige Einwanderer könne man auch erwägen, die Einbürgerung davon abhängig zu machen, daß sie nicht von Sozialhilfe leben, findet der Forscher. Dies dürfe aber auf keinen Fall für die bereits lange hier wohnenden Menschen gelten, wie es der Bonner Gesetzentwurf vorsieht: In der Zeit der Massenarbeitslosigkeit könne es nicht angehen, „daß jemand, der seit zehn, 15 Jahren hier lebt und zufällig vom Dach fällt als Dachdecker“, nicht eingebürgert werden soll, argumentiert Bade.

Er wendet sich auch gegen die verbreitete Vorstellung, daß Integration der Einbürgerung vorausgehen müsse und „daß man die Integration praktisch abprüfen kann“. Jedem müsse klar sein, „daß Integration ein langer Prozeß ist“. Statt sich auf das Prüfen von Sprachkenntnissen zu konzentrieren, solle die Politik sich darum kümmern, daß solche Kenntnisse vermittelt werden. „Ich plädiere dafür, daß wir sofort die Angebote für Aussiedler öffnen für Ausländer.“

Alles in allem sieht Bade in den Bonner Vorschlägen nur eine „halbe Lösung“. Eingliederungshilfen im Inneren müßten Hand in Hand gehen mit einer Begrenzung nach außen. Deshalb müsse parallel zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ein Einwanderungsgesetz geschaffen werden. Beides, sagt er, „sollte zusammen entwickelt werden“.